

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: H. Grohmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes, Greif-  
 wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg  
 Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,  
 Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Das Volksschulgesetz.

II.

Der Entwurf des Volksschulgesetzes ist vom  
 Herrn Ministerpräsidenten v. Caprivi am 29.  
 Januar d. J. in der Reichstagssitzung  
 v. Caprivi ist Minister und für mich in militä-  
 rischen Fragen eine bedeutende Autorität; da-  
 gegen will es mir scheinen, als sei er in Schul-  
 fragen und noch mehr in kirchlichen Fragen  
 ziemlich laie und als sei er gar nicht die  
 großen Gefahren, welche der Entwurf für das  
 deutsche Reich in sich trägt. Wenn derselbe  
 glaubt, es werde das Gesetz in der Form des  
 Entwurfs dazu beitragen, das Christentum ge-  
 genüber dem Atheismus zu stärken, so befindet  
 er sich hier in einem Irrtum; im Gegenteil,  
 der Entwurf ist ebenso schädlich für die christ-  
 liche Kirche, wie für den Staat und wird nur  
 dazu führen, den ganz unchristlichen Herrschafts-  
 gelüsten ultramontaner Kreise zu dienen.

Zentralist steht der Entwurf in trübsamem  
 Gegensatz zu der Politik, welche alle unsere  
 großen Könige seit den Zeiten des großen Kur-  
 fürsten in dem Schulwesen befolgt haben, so  
 namentlich mit der Politik Friedrich des Großen,  
 Friedrich Wilhelm III. und Wilhelm I. und  
 würde, wenn er zum Gesetz erhoben würde, die  
 Schule dem Staate entziehen und in katholischen  
 Händen den Ultramontanen bedingungslos unter-  
 werfen, die Bildung in jenen Händen vollstän-  
 dig untergraben und die ungebildeten Volksmassen  
 Verbrechen preisgeben.

Als Kaiser Friedrich III., nachdem er als  
 Kronprinz zur Eröffnung des Suez-Kanals nach  
 Ägypten und Palästina gereist war und dem-  
 nächst in Stettin einer Versammlung der ver-  
 einigten Logen im Schützenhaus präsierte, hielt  
 derselbe eine längere Rede. „Als ich nach jenen  
 Ländern kam, sprach er, in denen einst die Blüthe  
 der menschlichen Bildung zu finden war, und  
 nun den tiefen Verfall jener Länder erblicke,  
 da mußte ich mir die Frage aufwerfen: Woher  
 ist es gekommen, daß jene einst christlichen, streng  
 orthodoxen Länder so tief gesunken sind, und ich  
 mußte mir antworten, es ist daher gekommen,  
 daß sie das strenge Pflichtgefühl, die strenge  
 Pflichterfüllung aufgegeben haben.“ Und diesen  
 Gedanken führte er nun in glänzender Weise  
 durch.

Ganz dieselbe Antwort müssen auch wir dem  
 Entwurf geben, der die strenge Pflichterfüllung  
 den künftigen Ultramontanen opfert; ganz die-  
 selbe Antwort haben uns auch alle Schulmänner  
 und evangelischen Theologen gegeben, welche wir  
 gesprochen haben. Sie alle verwirren den Ent-  
 wurf in seiner jetzigen Fassung und sagen das  
 größte Übel für den Staat voraus, wenn dieser  
 Entwurf zur Geltung kommen sollte. Sie alle  
 würden dies öffentlich aussprechen, wenn ihnen  
 nicht jedes öffentliche Auftreten gegen Maßnahmen  
 der Regierung streng untersagt wäre. Ganz  
 ebenso urtheilen christlich gesinnte wissenschaftliche  
 Männer aller Parteien, der konservativen wie  
 der freireligiösen Parteien, sofern sie nicht gleichen  
 Herrschaftsgelüsten, wie die Ultramontanen  
 huldigen.

Im Mittelalter aber mit seiner unbedingten  
 Herrschaft der Ultramontanen, mit seinen Hagen-  
 prozessen und den Blutbeschneidungen zur Vertilgung  
 der Ketzerei, zur maßlosen Verunstaltung des  
 Christentums können und wollen wir nicht mehr  
 zurück.

Die neue Zeit ist durch die Wiedererweckung  
 der künftigen Bildung, durch die Herrschaft der  
 Volkssprache, durch die Reformation und die Er-  
 findung der Buchdruckerkunst, endlich durch die  
 gewaltigen Fortschritte der Naturwissenschaften  
 und der daraus erwachsenen Technik eine andere  
 und bessere geworden.

Die Naturwissenschaften, namentlich die  
 Astronomie und die Physik, sind die ersten strengen  
 Wissenschaften, welche die Menschheit in  
 neuerer Zeit errungen hat. Sie erfordern die  
 Gesehe Gottes, welche er der Welt gegeben und  
 in den Bewegungen der Sterne so wie in den  
 Erscheinungen auf der Erde den Menschen offen-  
 bart hat. Der Naturforscher hält sich streng an  
 die objektive Beobachtung der Gesehe ge-  
 bunden. Nicht, was er wünscht, nicht, was er  
 glaubt, gilt ihm etwas; die Gesehe Gottes, die  
 Offenbarungen Gottes in der Natur, wie sie die  
 wissenschaftlichen Beobachtungen ergeben,  
 sind ihm schlechthin maßgebend, denen er alle  
 eigenen Wünsche und Meinungen opfert. Nur  
 auf dem christlichen Boden konnte solche Wissen-  
 schaft erwachsen, nur auf ihm ist sie erwachsen  
 und hat die reichsten Früchte getragen. Wenn  
 dem Menschen nach Moses die Herrschaft über  
 die Erde gegeben ist, so ist sie doch erst im  
 Christentum, und auch hier erst, nachdem der  
 Mensch mit Ernst und mit voller Hingabe aller  
 seiner Kräfte die Erforschung der Gesehe Gottes  
 erstrebt hat, zur Wirklichkeit geworden.

Pflicht der christlichen Theologen ist es  
 daher, diese Gesehe zu studieren und sie für die  
 christliche Kirche nutzbar zu machen; diese Gesehe  
 sind die Gesehe des einzigen Christengottes, deren  
 Kenntnisse für einen christlichen Gotteslehrer  
 schlechthin notwendig ist. Ohne diese Kenntnisse  
 kann er keinen Satz der christlichen Lehre be-  
 weisen, kann er keine wissenschaftliche Theologie  
 mehr treiben.

Seither hat eine Anzahl der christlichen Theo-  
 logen dieses Studium bisher verkannt; aber eben  
 deshalb sind diese auch ganz unfähig, den Kampf  
 mit den unchristlichen Materialisten und  
 Sozialdemokraten aufzunehmen. Die Theologen  
 fordern Glauben und zwar jeder für seine Lehre,  
 zahlreiche Sekten und in jeder Sekte seine ver-  
 schiedenen, subjektiven Glauben, als es Köpfe sind,  
 das ist der Standpunkt mancher unserer Theo-  
 logen! Wer nicht denselben Glauben hat, dem  
 kann ein solcher Theologe daher auch nichts be-  
 weisen, auch wenn dies der unwissenschaftliche So-  
 zialdemokrat oder Materialist ist, dem Rest er wie  
 ein Kind ratlos gegenüber. Das gilt ebenso  
 von einem Theil der evangelischen, wie der ultra-  
 montanen Theologen. Die Letzteren wollen die  
 Einheit des Glaubens zwar durch Gewalt er-  
 zwingen, sie wollen die Mannigfaltigkeit des Glau-  
 bens dadurch aus der Welt schaffen, daß nur  
 ein Mensch, der Papst, befehlen kann, was jeder  
 glauben muß; sie sind aber dadurch nur einem  
 der gefährlichsten und ganz unchristlichen Gese-  
 hen verfallen.

Der Staat verlangt pflichttreue Bür-  
 ger; das deutsche Volk will deutsche Treue und  
 Wahrhaftigkeit; die neue Zeit fordert  
 selbst für jeden Gewerbetreibenden Kenntnis der

Naturgesetze, um den sonst unausbleiblichen Un-  
 glücksfällen vorzubeugen und die neuen Erfin-  
 dungen für das eigene Geschäft und für Deutsch-  
 land nutzbar zu machen. Der Entwurf dagegen  
 will Alles dies preisgeben und die Volksschule  
 aus Rommeln gegen das Zentrum auf den  
 mittelalterlichen Standpunkt zurückversetzen. Dar-  
 über in den folgenden Artikeln.  
 R. G.

E. L. Berlin, 6. Februar 1892.

Deutscher Reichstag.

165. Sitzung vom 6. Februar.

Präsident v. Caprivi eröffnet die Sitzung

um 2 Uhr.

Bei sehr leerem Hause wird zunächst gemäß  
 dem Antrage der Geschäftsordnungskommission  
 beschloffen, die nachgezeichnete Genehmigung zur  
 Fortsetzung des Privatlagerversahrens gegen den  
 Abg. Werner (Antikemil) nicht zu erteilen.

Auf der Tagesordnung steht wieder die  
 zweite Beratung des Staats des Reichsamt des  
 Innern, und zwar des Staats des Reichsversiche-  
 rungsamtes.

Zur Beratung steht zugleich eine von  
 Auer u. Gen. (Soz.) beantragte Resolution  
 betr. Vorlegung einer Novelle zum Unfallver-  
 sicherungsgesetz, in welcher besonders folgende Punkte  
 geregelt werden sollen: 1. Zahlung der Unfall-  
 rente vom Tage der Veranlassung des Heilverfahrens  
 an, also gleichviel, ob die 13wöchige Ra-  
 renzeit vom Eintritt des Unfalls an bereits ab-  
 gelaufen ist oder nicht; 2. Berechnung der Rente  
 für Hinterbliebene unter Zugrundelegung auch  
 der etwaigen Unfallrente, falls bei einem Unfall  
 der Gekündete eine solche in Folge eines bereits  
 früher einmal erlittenen Unfalls bezogen hatte;  
 3. Unfallversicherung auch der in Straf- und  
 Gefängnisanstalten beschäftigten Gefangenen;  
 4. Bestrafung der Arbeitgeber (und Angestellten  
 derselben), welche ihre Beitragspflicht auf die  
 Arbeiter abwälzen.

Abg. Müller (natl.) bedauert, daß nicht  
 ein von der Unfallversicherungs-Ausschuss ver-  
 schiedener Rest von Modellen z. dem Publikum  
 bauernd zugänglich gemacht worden sei. Hierfür  
 sowie für alle Neuheiten auf diesem Gebiete  
 müßte doch die Regierung Räume in einem Mu-  
 seum zur Verfügung stellen. Es liege das im  
 Interesse der Allgemeinheit.

Staatssekretär v. Bötticher stellt dieser  
 Anregung sympathisch gegenüber. Augenblicklich  
 seien allerdings Räume für diesen Zweck nicht  
 verfügbar; aber, wie er hoffe, werde das der  
 Fall sein nach Fertigstellung des Neubaus für  
 das Reichsversicherungsamt.

Abg. Grillenberger (Soz.) bedauert,  
 daß nicht auch Vertreter des Reichsversicherungs-  
 amtes hier anwesend seien, da ja ihnen die Aus-  
 führung der sozialen Versicherungsgeetze haupt-  
 sächlich zufalle und sie also auch am besten Ein-  
 sicht in die Mängel bei diesen Geetzen und deren  
 Handhabung hätten. Als solche Mängel habe er,  
 insofern es sich um das Unfallgesetz handle,  
 namentlich auch das Fehlen derjenigen Ver-  
 stimmungen zu bezeichnen, deren Regelung die  
 von seiner Partei beantragte Resolution fordere.  
 Redner geht demnach auf die einzelnen Punkte  
 der Resolution näher ein. Es sei eine Un-  
 gerechtigkeit, eine als erforderlich erkannte Unfall-  
 rente in der Zwischenzeit zwischen Veranlassung  
 des Heilverfahrens und Abbruch der 13. Woche  
 nicht zu zahlen, was um am dem Prinzip der  
 Rarenzeit festzuhalten. Ebenso eine Ungerechtigkeit,  
 bei Bemessung der Hinterbliebenenrente als  
 Folge von Tödtung bei einem erlittenen zweiten  
 Unfall nur das Arbeitsverdienst in Rechnung zu  
 ziehen, obwohl ja dieses Arbeitsverdienst lediglich  
 in Folge des erlittenen Unfalls beeinträchtigt  
 gewesen sei. Die Forderungen aus 3 u. 4 der  
 Resolution sprechen für sich selber, seien von ihm  
 auch schon bei früheren Gelegenheiten näher be-  
 sprochen worden, weshalb er heute nicht ausführlich  
 darauf eingehen wolle. Aber seine Freunde hätten  
 noch Forderungen, welche über diejenigen der  
 Resolution hinausgingen. Daß das Handwerk in  
 die Unfallversicherung einbezogen werden solle,  
 habe ja Herr von Bötticher schon auf dem  
 letzten Juningstage zugesagt; aber es müßten  
 überhaupt alle Gewerbetreibenden dem Unfall-  
 gesetz unterstellt werden, insofern dies noch  
 nicht der Fall sei. Ebenso sei das Gesetz  
 auszudehnen auf alle beim Privatverkehr  
 lebende Beschäftigten, die Privatlautsprecher,  
 die gewisse Vorfälle vogelfrei wären. Aber auch  
 über die Handhabung des Gesetzes müßten seine  
 Freunde klagen. So seien erst kürzlich ge-  
 wöhnliche Renntwagen von Weisungen zum Reichs-  
 versicherungsamt aus der Klasse der Unternehmer  
 ausgeschrieben worden, nicht dagegen aus der  
 Klasse der Arbeitnehmer. Und zwar nur wegen  
 der Schwierigkeit dieser letzteren Wagen, eine  
 Schwerfälligkeit, die das geradezu vorfindliche  
 Wahlrecht verführe. Direkt dem Gesetz zu-  
 wider seien 6 Weisungen-Renntwagen ausgeschrieben  
 worden, während nur 2 Renntwagen ausgeschrieben  
 werden durften. Ein Gegenstand, den das  
 Reichsversicherungsamt ausgeschrieben habe, um  
 solche Gesehewidrigkeiten überprüflich zu machen,  
 sei von Herrn von Bötticher gar nicht erst dem  
 Bundesrathe vorgelegt worden! Er gehe so weit,  
 zu erklären, daß jeder Spruch des Reichsver-  
 sicherungsamtes, welcher unter Mitwirkung eines  
 so gesehewidrig gewählten Arbeitgeber-Beisizers  
 gefaßt werde, ungültig sei. Redner empfiehlt  
 ferner noch Zutritt der Arbeiter zu den Berufs-  
 genossenschafts-Vorständen und geht dann auf  
 das „Rebe-Gesetz“ (Heiterkeit) ein. Im Gegen-  
 satz zu gewissen freireligiösen Agitatoren wollten  
 die Sozialdemokraten dieses Gesetz trotz seiner  
 Mängel nicht aufgehoben wissen, seiner Tendenz  
 wegen. Aber Mängel habe das Gesetz allerdings  
 viele, so vor Allem das ganze Lebensgefühl. Also  
 nicht aufheben, sondern, verbessern, nicht etwa  
 verschlimmern! — Das wollten seine Freunde  
 hier anregen. Auch die Handhabung des Rebe-  
 Gesetzes sei zu bemängeln, so namentlich das  
 neuerlich vom Bundesrat beschlossene System der  
 Marken-Rassur. Dadurch könne der Arbeiter,  
 der gestreift habe leicht gebrandmarkt werden.  
 Und gerade das sei f. B. bei Beratung des Ge-  
 setzes ausdrücklich von allen Seiten, auch von  
 den Vertretern der Regierung, als nicht beab-  
 sichtigt hingestellt worden. Wie könne man da  
 jetzt durch Eintragung des Datums der Kenn-  
 zeichnung der Arbeiter Vorbehalt leisten? Die  
 Regierung möge sich doch behufs einer weniger  
 bedenklichen Marken-Rassur mit Sachverständigen  
 in Verbindung setzen. Freilich, die ganze

Kleberei werde ja nach 10 Jahren sicher ver-  
 schwunden sein. Ueberhaupt seien die Modali-  
 täten des Gesetzes von unten bis zum Dach un-  
 zweckmäßig, nur der Grundgedanke sei gut. Und  
 wie sei die Behandlung der sich zum Bezuge  
 einer Rente Melgenden! Gehe das so weiter, so  
 werde von den in Aussicht genommenen Millionen  
 lange nicht so viel gebraucht werden, als man  
 denke. In wer weiß wie vielen Fällen würden  
 landwirtschaftliche Arbeiter mit ihren Ansprüchen  
 auf Altersrente abgewiesen, weil kein eigent-  
 liches Dienstboten-, sondern eine Art familiären  
 Verhältnisse vorliege. Das erbitte er und nehme  
 allerdings gegen das ganze Gesetz ein. Aber  
 allerdings — an und für sich bestehe in Arbeiter-  
 freieren der Wunsch nicht, das Gesetz abzu-  
 schaffen, sondern nur der Wunsch, es verbessert  
 zu sehen.

Staatssekretär Dr. v. Bötticher weist  
 den Vorwurf einer ungeschehenen Handlung zurück.  
 Der von dem Reichsversicherungs-Amt gemachte  
 Gesetzes-Vorschlag, die Zahl der ständigen Arbeit-  
 geber-Beisizer über die jetzige Ziffer (2) hinaus  
 zu erhöhen, sei erfolgt, als Reichstag und Bun-  
 desrat nicht bestimmen waren, im Sommer.  
 Und da zur Bewältigung der Arbeiten des Reichs-  
 versicherungs-Amtes die Noth dränge, so habe  
 man geglaubt, die mit den meisten Stimmen ge-  
 wählten Beisizer-Stellvertreter heranziehen zu  
 dürfen. Auch mit einem Arbeitnehmer-Stellver-  
 treter sei dies früher schon einmal geschehen.  
 Er habe deshalb nicht geglaubt, daß man ihm das  
 zum Vorwurf machen werde, künne er  
 dabei vollkommen im Einverständnis mit dem  
 Reichsversicherungs-Amt gehandelt habe. Sein  
 Gewissen sei jedenfalls ruhig, er habe nicht die  
 Absicht einer Gesehewidrigkeit gehabt und auch  
 nicht das Bewußtsein. Was die Ausdehnung des  
 Unfallgesetzes anlangt, so sei ein Gesetz betreffend  
 Unterstellung des Handwerks und des Handels-  
 gewerbes unter die Unfallversicherung bereits in  
 Ausarbeitung. Und auch die in der vorliegenden  
 Resolution berührten Punkte würden dabei ihre  
 Erledigung finden, insofern hierfür eine Berech-  
 tigung vorliege. Bei dem zweiten Punkte sei  
 nur die Entschädigung schwierig, wer die Kosten  
 tragen solle, welche von den beiden in Betracht  
 kommenden Berufsge nossenschaften? Immerhin  
 stehe dieser Forderung gewiß in vielen Fällen die  
 Billigkeit zur Seite. Daß das Invaliditätsgesetz  
 eine ungünstige Aufnahme gefunden habe, be-  
 hauptete man. Nun, er müsse sagen, daß die  
 Ausführung des Gesetzes sich über Erwarten  
 glänzend und leicht vollzogen habe. In Veram-  
 lungungen und Zeitungen werde ja lebhaft gegen das  
 Gesetz geschrieben, und er habe sich da auch nach  
 Vorlesungen zur Abänderung des Gesetzes unge-  
 sehen, aber — die Ausbeute, die er da gefunden  
 habe, sei eine sehr geringe gewesen. Die Vor-  
 schläge, die da laut geworden, bewegten sich noch  
 in viel größerem Dunkel, als angeblich das Ge-  
 setz. Er gebe ja, daß über das Markenkleben  
 viel geklagt werde, aber das Gesetz gebe ja schon  
 Handhaben zur Abhilfe einzelner Unzulänglich-  
 keiten. Daß das Gesetz verbesserungsfähig sei,  
 erkenne er an. Aber aufgehoben könne es nun  
 und nimmermehr werden. Die 11 Millionen, die jetzt  
 schon auf Grund des Gesetzes gezahlt würden, stün-  
 den den Betroffenen nicht ohne Entschädigung  
 genommen werden. Man wolle energisch und  
 eifrig überlegen, wie man vorhandene Härten  
 mildern könne. Jeder Vorschlag solle dankbar  
 entgegengenommen und sorgfältig geprüft werden.  
 Er würde sich freuen, wenn der Segen des Ge-  
 setzes sich noch erhöhen würde für alle Beteilig-  
 ten.

Abg. von Stumm (Rehp.) führt aus,  
 die Beschwerden gegen das Invaliditätsgesetz rük-  
 teten sich hauptsächlich gegen die Abänderungen,  
 die der Reichstag an dem ursprünglichen Ent-  
 wurf der Regierung vorgenommen habe. Man-  
 chen Beschwerden werde übrigens durch die neuen  
 Bundesratsbeschlüsse abgeholfen. Daß die  
 Sozialdemokraten auch mit dem Unfallgesetz  
 nicht so unzufrieden seien, wie es nach Grillen-  
 bergers Ausführungen scheine, gehe doch aus  
 deren Verlangen nach Ausdehnung dieses Gesetzes  
 auf weitere Kreise hinlänglich hervor. Die in  
 der sozialdemokratischen Resolution herange-  
 rührten Punkte seien nicht wichtig genug,  
 daraufhin noch für diese Session einen Geset-  
 entwurf zu fordern, zumal ein umfangreiches Ge-  
 setz von der Regierung angekündigt sei.

Hierauf vertagt sich das Haus.  
 Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr.  
 Tagesordnung: Fortsetzung; außerdem Post-  
 verträge und österreichische Vereinsahaler.

E. L. Berlin, 6. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordneter-Haus.

13. Sitzung vom 6. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung

um 11 Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist  
 der erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend  
 die Kosten königlicher Polizeiverwaltungen in  
 Stadgemeinden.

Nach § 1 der Vorlage soll der Staat für  
 die Ausgaben für die Polizeiverwaltungen nach  
 Maßgabe der Kopfzahl der Zivilbevölkerung jähr-  
 lich erheben: für Berlin je 2 Mark 50 Pf., für  
 Rastell je 44 Pf., für Städte mit mehr als  
 75,000 Einwohnern je 1 Mark 50 Pf., mit  
 25,000 bis 75,000 Einwohnern je 1 Mark  
 10 Pf. und für Städte unter 25,000 Einwohnern  
 je 70 Pf.

Abg. Dr. Langerhans (freif.) erkennt  
 die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Regelung der  
 ganzen Angelegenheit an, denn es habe bis jetzt  
 in der Festsetzung der Kosten der Polizeiverwal-  
 tungen eine gewisse Willkür geherrscht. Die  
 Vorlage habe nun den Zweck, die Kosten der Po-  
 lizeiverwaltungen zu regeln und bestimme, daß  
 einzelnen Gemeinden einzelne Zweige der Polizei-  
 verwaltung auf Widerruf übertragen werden  
 können, so z. B. die Wohlfahrtspolizei u. Was  
 habe eine derartige Bestimmung für einen Sinn?  
 Es wäre erforderlich gewesen, bestimmte Zweige  
 der Polizeiverwaltung den Gemeinden definitiv zu  
 übertragen und eine organische Regelung dieser  
 Verhältnisse vorzunehmen, da die Gemeinden doch  
 am besten wüßten, wo ihnen der Schutz brüde.  
 Zweckmäßig wäre es auch gewesen, durch diese  
 Vorlage eine ganze Reihe von Städten von der  
 königlichen Polizeiverwaltung zu befreien. Wenn  
 die ganze Wohlfahrtspolizei überhaupt den Stäb-  
 ten übertragen würde, so würde dadurch eine

Schädigung allgemeiner Interessen nicht zu be-  
 fürchten sein, da die Städte unter der Aussicht  
 des Staates stehen, auch würden sich dadurch die  
 Kosten der Polizei wesentlich vermindern.  
 Eine ausgleichende Gerechtigkeit könne er in  
 der Vorlage auch nicht finden, da z. B. dieselben  
 Gründe, welche dafür angeführt seien, die Kosten  
 für Rastell erheblich billiger zu stellen, für die sehr  
 scharfe Heranziehung der Stadt Berlin geltend  
 gemacht seien. Die Berechnung der Kosten sei  
 auch eine rein willkürliche und würde für Ber-  
 lin noch besonders empfindlich sein, wenn es zur  
 Einverleibung der Vororte kommen sollte. Auch  
 dürfte nicht übersehen werden, daß die Berliner  
 Polizei für den ganzen Staat Dienste leisten  
 müsse und daß die Berliner Schutzmannschaft  
 sehr viel im Staatsdienste verwendet werde. Er  
 habe die Hoffnung nicht, daß seinem Wunsche  
 wegen Uebertragung der ganzen Wohlfahrtspolizei  
 auf die Gemeinden Folge gegeben werde, er hoffe  
 indessen, daß es gelingen werde, den Kostenbei-  
 trag für Berlin zu verringern.

Abg. v. Chyern (nl.): Der Vorredner  
 habe die Vorlage vom Berliner Standpunkte aus  
 beleuchtet, er wolle dies vom allgemeinen Stand-  
 punkte aus thun. Der Grundgedanke der Vor-  
 lage sei der der ausgleichenden Gerechtigkeit und  
 der bessern Regelung der Polizeiverwaltung über-  
 haupt. Wenn er die Vorlage betrachte, so könne  
 er nicht sagen, daß das vorläufige Schicksal der-  
 selben von Mifserfolg gewesen sei, denn die meisten  
 im vergangenen Jahre kumbegebenen Wünsche  
 hätten Berücksichtigung gefunden. Anführen  
 wolle er hierbei, daß z. B. das Nachwachstren  
 in Berlin einer anderweitigen Regelung bedürfe,  
 da hierbei eine nicht zu rechtfertigende Spar-  
 mung gelte. Die Kostenfrage müßte aller-  
 dings in der Kommission einer eingehenden Prü-  
 fung unterworfen werden und wollte man das  
 Prinzip der ausgleichenden Gerechtigkeit streng  
 durchführen, so müßten die hier geforderten Meh-  
 rkosten eigentlich den Städten als Zuschuß über-  
 wiesen werden, die keine königliche Polizeiver-  
 waltung hätten. Die Gruppierung der Städte  
 behufs Normierung der Kosten sei im vor-  
 rigen Jahre eine bessere gewesen als  
 gegenwärtig. Was die Uebertragung der  
 Wohlfahrts-Polizei auf die Städte an-  
 langte, so habe sich doch herausgestellt, daß die-  
 selben nicht so allgemein seien, als der Vorredner  
 annahme. Im Ganzen entspreche die Vorlage  
 den hier ausgesprochenen Wünschen und beglei-  
 te sie mit seinen Segenswünschen in die Kom-  
 mission.

Abg. Eberth (fr.): Die Frage der aus-  
 gleichenden Gerechtigkeit müsse einer eingehenden  
 Prüfung unterzogen werden, namentlich nach dem  
 Gesichtspunkte hin, ob den Städten nicht durch  
 die Kosten eine Last auferlegt werde, welche  
 geeignet sei, dieselben in ihren finanziellen Grund-  
 lagen zu erschüttern. Gelegentlich könne nicht  
 werden, daß durch die Vorlage, wenn sie Gesetz  
 werde, die Berliner Steuerzahler schwer belästet  
 werden, denn die Mehrlkosten, die von Berlin ge-  
 fordert werden, betragen allein 8 Prozent des  
 gesamten Einkommens der Einkommensteuer.  
 Von dem Gesamtsumme, welches die 22 Städte  
 an Polizeikosten mehr aufzubringen haben, trage  
 Berlin reichlich zwei Drittel. Daraus ergebe  
 sich klar, daß man die Gerechtigkeit auch zu weit  
 treiben könne. Er verkenne nicht, daß die Vor-  
 lage auch manches Schöne enthalte.  
 Was die Wohlfahrts-Einrichtungen anlangt, so  
 verweise er darauf, daß manche gute Einrichtung  
 zu Grunde gegangen sei an dem Streit mit den  
 Kompetenzen. Es sei auch nicht wohlthaten, den  
 Kern der Berliner Bürgerwehr mit Steuern  
 mehr in Anspruch zu nehmen als dringend not-  
 wendig sei und wünsche er, das Zukunfts-  
 kommen mit einem Prinzip, durch welches eine  
 andere Belastung hergestell werden. Er be-  
 antrage in diesem Sinne die Ueberweisung der  
 Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Minister des Innern Herrfurth: Voll-  
 ständige Ueberweisung der Vorlage mit dem  
 vorigen Entwurf befehle 1. in der einheitlichen  
 Regelung der Materie, 2. in der Uebertragung  
 der Gemeinkosten der Polizeiverwaltung auf den  
 Staat unter Berücksichtigung der bisherigen Unter-  
 scheidung von sachlichen und personellen Kosten,  
 3. in der stärkeren Heranziehung der Städte zu  
 den Kosten, 4. in der Verminderung der Kosten nach  
 der Kopfzahl und endlich 5. in der Bestimmung,  
 wonach bei der Berechnung dieser Kosten diejenigen  
 Beträge in Abzug gebracht werden sollen, welche  
 durch Uebertragung einzelner Zweige der Wohlfahrts-  
 polizei auf die Gemeinden entfielen. Die  
 prinzipiellen Änderungen bestehen darin, daß die  
 Uebertragung des Nachwachstrens auf den  
 Staat gesetzlich festgelegt werde und in einer  
 anderweitigen Normierung der Beiträge, welche  
 von den Städten zu leisten seien. Unbefristet  
 sei es, daß das Nachwachstren sich besser in  
 den Händen des Staates befände, als in den  
 Händen der Gemeinden (Sehr richtig! rechts)  
 und es könne nicht zugegeben werden, daß die  
 Wohlfahrtspolizei sich besser in den Händen der  
 Gemeinden befände, als in den Händen des  
 Staats. (Zustimmung rechts.) Gegen die  
 Uebertragung der Wohlfahrtspolizei auf die Ge-  
 meinden seien von den Provinzialbehörden wesen-  
 tliche Bedenken erhoben und eine größere Anzahl  
 von Städten habe ausdrücklich erklärt, daß sie  
 eine solche Uebertragung nicht wünschten. In Be-  
 treff der Höhe der Kosten sei allerdings zwischen  
 Berlin und den Provinzialstädten zu unterscheiden  
 und es müsse zugegeben werden, daß die Stadt  
 Berlin schlechter behandelt werde, als die übrigen  
 Städte. Für die letzteren sei eine Ermäßigung,  
 für Berlin eine Erhöhung der Beiträge in Aus-  
 sicht genommen. Die Reduzierung dieses Vor-  
 schlags liege darin, daß seit dem Jahre 1889  
 sich die Kosten der Polizeiverwaltung in Berlin  
 um 1,700,000 Mark gesteigert haben und in dem  
 Umfange, daß Berlin einen ganz auffallend ge-  
 ringen Beitrag zahle für das Nachwachstren.  
 Unbefristet sei es, daß in Berlin die nächtliche  
 Sicherheit nicht von den Nachwachstren, sondern  
 von den Schutzmannen überwacht werde, wäre  
 dies den Nachwachstren überlassen, so würde man  
 sehr bald zu unthätigen Zuständen kommen.  
 (Zustimmung rechts.) Die Verhältnisse in Berlin  
 seien auch nicht so, wie sie von den Vorrednern  
 geschildert worden, denn nach der allgemeinen  
 Annahme würde der Betrag der neuen Einkom-  
 mensteuer sich so stellen, daß die Zuschlagsquote  
 für Berlin erheblich verringert werden könne.  
 (Unruhe.) Durch die Verwendung der Berliner  
 Kriminalpolizei außerhalb Berlins entfielen dem  
 Staate keine Mehrkosten, da diese von den be-  
 treffenden Städten getragen werden müßten. Er  
 hoffe, daß die Vorlage die Zustimmung des  
 Hauses finden werde.

treffenden Städten getragen werden müßten. Er  
 hoffe, daß die Vorlage die Zustimmung des  
 Hauses finden werde.

Abg. Althaus (konf.) wendet sich, so  
 weit er zu verstehen, gegen die Ausführungen des  
 Abg. Eberth, welcher die kalkulatorische Grund-  
 lage des Entwurfs bemängelt habe. Er könne  
 nicht recht verstehen, auf welcher andern Grund-  
 lage man ein solches Gesetz basiren sollte, seines  
 Erachtens nach sei dies die einzige Basis, auf  
 der sich die ausgleichende Gerechtigkeit aufbauen  
 lasse. Wenn der Minister sich bei der Ueber-  
 laßung der Wohlfahrtspolizei an die Städte ge-  
 wisse Rechte vorbehalte, so könne er dem nur  
 bestimmen, denn das staatliche Interesse müsse  
 gewahrt werden. Berlin könne wohl eine grö-  
 ßere Last tragen, als die andern Städte, Berlin  
 sei bedeutend steuerkräftiger als diese.

Abg. Dr. Krause (nl.) kann ausgleichende  
 Gerechtigkeit in der Vorlage nicht finden; keine  
 Stadt werde in die Lage versetzt, Ersparnisse an  
 ihren Polizeiausgaben machen zu können. Es sei  
 auch ein unrichtiges Prinzip, daß man die Er-  
 sparnisse, welche man für die städtische und kö-  
 nigliche Polizei macht, nur zu Aufbesserungen  
 für die Gendarmerie verwendet; dadurch geräth  
 die Gendarmerie mit der städtischen Polizei in  
 recht unerwünschte Beziehungen. Gegen die  
 Widerprüflichkeit der Uebertragung der Wohlfahrts-  
 polizei müßten nothwendig Rautelen getroffen wer-  
 den; es wird das besonders Aufgabe der Kom-  
 mission sein, die auf ein weiteres Entgegenkom-  
 men des Ministers wird bringen müssen. Bei  
 solchem Entgegenkommen werde es nicht schwer  
 sein, das wiederholt vorgelegte Gesetz nunmehr  
 endlich zur Verabschiedung zu bringen.

Minister Herrfurth: In der Aufbesserung  
 der Gendarmerie liege auch ausgleichende  
 Gerechtigkeit, denn bei der Regelung der Polizei  
 in den Städten rechtfertige sich auch eine Ver-  
 besserung der ländlichen Polizei in den Vor-  
 orten.

Abg. Barth (fr.): Die Stadt Berlin  
 müsse allerdings anders behandelt werden als an-  
 dere Städte; aber zu einer ausnahmsweisen Be-  
 handlung oder Bevorzugung Berlins liege bei der  
 Vorlage kein Anlaß, namentlich nicht gegenüber  
 der mangelhaften Einrichtung des Berliner Nach-  
/>



Abg. Graf Stramitz (Ztr.): Die Preise der Kohlen seien seit dem Jahre 1888 gestiegen, seit dieser Zeit hätten sich aber auch die Vertriebskosten der Kohle wesentlich erhöht, einmal durch die Steigerung der Arbeitslöhne, wie auch durch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die allein ca. 70 Prozent der gesamten Vergewerkssteuer erfordern. Die Preise der Kohlen seien durchaus noch nicht der Art, daß man zu einem Festpreise gegen die Grubenbesitzer schreiben müßte. Eine gewisse Stabilität der Kohlenpreise sei im Interesse der Produzenten und der Arbeiter dringend notwendig und diese sei nur zu erreichen durch eine gewisse Ringbildung.

Abg. Szynia (Ztr.) erweitert dem Vordrucker, daß ein solcher Kohlenring vorhanden sei und zwar zum größten Nachtheile für die vaterländische Industrie. Die Eisenindustrie, namentlich die oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt. Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen. Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Abg. Graf Stramitz (Ztr.): Die Preise der Kohlen seien seit dem Jahre 1888 gestiegen, seit dieser Zeit hätten sich aber auch die Vertriebskosten der Kohle wesentlich erhöht, einmal durch die Steigerung der Arbeitslöhne, wie auch durch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die allein ca. 70 Prozent der gesamten Vergewerkssteuer erfordern. Die Preise der Kohlen seien durchaus noch nicht der Art, daß man zu einem Festpreise gegen die Grubenbesitzer schreiben müßte. Eine gewisse Stabilität der Kohlenpreise sei im Interesse der Produzenten und der Arbeiter dringend notwendig und diese sei nur zu erreichen durch eine gewisse Ringbildung.

Abg. Szynia (Ztr.) erweitert dem Vordrucker, daß ein solcher Kohlenring vorhanden sei und zwar zum größten Nachtheile für die vaterländische Industrie. Die Eisenindustrie, namentlich die oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Abg. Graf Stramitz (Ztr.): Die Preise der Kohlen seien seit dem Jahre 1888 gestiegen, seit dieser Zeit hätten sich aber auch die Vertriebskosten der Kohle wesentlich erhöht, einmal durch die Steigerung der Arbeitslöhne, wie auch durch die Alters- und Invaliditätsversicherung, die allein ca. 70 Prozent der gesamten Vergewerkssteuer erfordern. Die Preise der Kohlen seien durchaus noch nicht der Art, daß man zu einem Festpreise gegen die Grubenbesitzer schreiben müßte. Eine gewisse Stabilität der Kohlenpreise sei im Interesse der Produzenten und der Arbeiter dringend notwendig und diese sei nur zu erreichen durch eine gewisse Ringbildung.

Abg. Szynia (Ztr.) erweitert dem Vordrucker, daß ein solcher Kohlenring vorhanden sei und zwar zum größten Nachtheile für die vaterländische Industrie. Die Eisenindustrie, namentlich die oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Die Einnahmen werden darauf ohne Diskussion bewilligt, ebenso die Ausgaben, doch wird dem Antrage der Budgetkommission gemäß ein Dispositionsfonds für unvorhergesehene Bauausführungen in Kap. 22 von 280,000 Mark auf 100,000 Mark herabgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. Tagesordnung: Staatsberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Minister v. Berlepsch erweitert, daß von einer solchen Nothlage der oberste Eisenindustrie, nicht die Rede sein könne, denn die namentlich in Betracht kommenden Werke hätten in den vorigen Jahren noch eine Dividende von 10, 12 und 14 Prozent gezahlt.

Die Staatsregierung habe allerdings die Pflicht, der darniederliegenden Industrie zu Hülfe zu kommen, sie dürfe aber auch das staatliche Interesse nicht völlig außer Acht lassen.

Die Vergewerkssteuer sei bereit, der Eisenindustrie die gewünschte Preisermäßigung zu gewähren, wenn sie dazu in der Lage sei.

Paris, 6. Februar. Nach Privatnachrichten aus Koton, die bis jetzt noch keinerlei Bestätigung erfahren, habe der König von Dahomey deutsche Instrukteure zur Ausbildung seines Heeres engagiert.

London, 6. Februar. Die Lage der „Eider“ ist noch unklar und sind der Kapitän mit einer Anzahl Matrosen an Bord geblieben, da die Hoffnung, den Dampfer wieder flott zu machen, noch nicht gänzlich gesunken ist. Jagwischen fährt man fort, die Ladung an Land zu bringen. Unter Anderem wurden 10 Kisten mit Silber schiff gebohrt. Dagegen können die in etwa 40 Beuteln enthaltenen Postkassen ohne Hilfe von Tauchern nicht in Sicherheit gebracht werden. Der Prinz von Wales nebst seinem Sohn besichtigte das Schiff von der Küste aus.

Letzte Nachrichten. Berlin, 6. Februar. Der Disziplinarkonferenz heute gegen den Grafen Limburg-Solms wegen eines Artikels in der „Kreuzzeitung“ über die Handelsverträge auf Dienstentlassung, Verlust der Pension und sprach denselben das Recht ab, den Titel eines Gesandten zu führen.

Bremen, 6. Februar. Inspektor Leist vom Lloyd telegraphierte heute Vormittag, daß die Dampfer „Neua“ und „Velo“ fertig seien, um an die Längsseite der „Eider“ zu gehen; die Vergangenen „Vertilbe“ und „Hermes“ würden heute erwartet; die Taucher hätten die Steuerbordseite des Dampfers „Eider“ untersucht und keine Beschädigung gefunden. Die Backbordseite, sowie das Hintertheil des Schiffes seien bisher wegen Seeganges nicht zugänglich. Das Passagiergepäck sei gestern Abend vollständig gelandet worden. Der Kapitän Heinecke und 6 Personen blieben einstweilen an Bord. Der Rest der Rente werde morgen mit der „Aller“ nach Bremerhaven zurückgeführt.

Paris, 6. Februar. Die Eisenbahn-Kompanien haben bedeutende Bestellungen auf Waggon gemacht, da sie in Folge der Aufhebung der Steuer auf Sitzgelegenheiten eine Verkehrssteigerung erwarten.

In den Centralhallen ist der Preis für Hamfleisch neuerdings um 10 Francs pro 100 Kilogramm gestiegen. Für die nächste Woche sind größere Sendungen von Hammeln angekündigt.

Konstantinopel, 6. Februar. Der armenische Erzbischof Monsignore de Lusignan wurde seiner sämtlichen Aemter entbunden, weil er verdächtig ist, geheime armenische nationale Bestrebungen ermuntert zu haben und durch seinen in Paris lebenden Verwandten antirussische Artikel in französische Zeitungen lanciert zu haben.

Antworten werden nur ertheilt, wenn sich die Fragesteller als Abonnenten ausweisen.

Anonyme Anfragen und Zuschriften bleiben unberücksichtigt. Willy D. Wenn Sie gar keinen Verdienst haben, sondern nur als Volontär mit freier Station angestellt sind, so sind Sie nicht versicherungspflichtig. — B. h. h. Volkskassengesetz! Wir würden den uns überlieferten interessanten Artikel aufnehmen, wenn Sie denselben nicht anonym eingereicht hätten. — B. 3. Das Allg. Landrecht bestimmt darüber in § 344: Bei Verfügungen muß die Auffündigung in den ersten 3 Tagen des Quartals erfolgen, mit dessen Ablauf der Besitz geräumt werden soll. Sie haben die Wohnung gemietet, können aber umstände halber nicht ziehen. Sie sind daher verpflichtet, in den ersten 3 Tagen des nächsten Quartals zu kündigen und haben, wenn Sie nicht ziehen, eine Quartalsmiete zu zahlen. Eine Kasse würde zwecklos sein. — P. Die eingehenden Bestimmungen sind noch nicht erlassen, aber Ihre Versicherung wird kaum zutreffen. Wir werden seiner Zeit noch ausführlich auf die Bestimmungen eingehen, wenn dieselben endgültig feststehen. — S. h. in B. 6. P. 1. Wir haben die ausführlichen Debatten im Abgeordnetenhaus über das Volkskassengesetz gebracht und sind dabei die freitragenden Paragraphen ausführlich mitgeteilt. 2. Nr. 168908 hat nicht gewonnen. 3. Homöopathische Aemter in Stettin sind: Dr. Dr. Konigsplatz 4, Dr. Roed, Johannisstraße, Dr. Schaefer, gr. Bollwerkstraße. — K. A. 9. „Marschall-Stein“ in Breslau und „Mettungshaus“ in Zülchow. — Martin R. Schon im Alten Damp wurden Propheten, Priester und Könige bei der Uebernahme ihres Amtes gefast. Die nämlich der Zweck des im Morgenlande gewöhnlichen Salbens des Körpers in der Verbreitung der Lebenskräfte und des Lebenskraft bestand, so sollte eine geistliche Handlung die Mittheilung zum Dienst Gottes, insbesondere die Mittheilung des göttlichen Geistes veranlassen. — C. T. S. h. Der Hund ist nicht heimlich. — G. P. S. Das Kind ist als ein fremdes zu betrachten und ist daher vom Schulgeld nicht befreit. — T. D. in B. und B. D. h. hier. Nr. 129,360, 198,873 und 194,136 haben nicht gewonnen. — A. R. Wenn wir auch den für das Handwerkreis getreuen Einrichtungen das größte Interesse widmen, so haben wir bisher doch noch nicht ergründet, welche Schueller-Abnahme die praktische Seite. Wir können daher auch Ihre dahin gehende Anfrage nicht beantworten. — E. S. in T. Elephantiasis ist eine chronische Entzündung der Haut und ihrer Umpfänge bei den tropischen Völkern, wodurch die Weine enorm dick und unförmlich werden. — O. W. Gerichte sollen verfahren in fünf Jahren.

Setzeransichten für Sonntag, den 7. Februar 1892. Vorwiegend trübes Wetter mit Niederlagen, mäßigen bis frischen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Wasserstand. Elbe bei Dresden, 5. Februar, + 1,55 Meter. — Elbe bei Magdeburg, 5. Februar, + 3,70 Meter. — Unstrut bei Straußfurt, 5. Februar, + 1,60 Meter. — Oder bei Breslau, 5. Februar, Oberpegel + 6,48 Meter, Unterpegel + 2,86 Meter. — Warthe bei Posen, 5. Februar, + 3,84 Meter. — Nege bei Ulf, 2. Februar, + 2,44 Meter.

Telegraphische Depeschen. Hamburg, 6. Februar. In der Aktien-Brauerei Marienhal bei Wandsbeck brach heute Morgen ein fürchterliches Feuer aus, welches sämtliche Lagerräume zerstörte. Der Schaden beträgt 1/2 Million.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 7. Februar. Als ein recht lebhafter und interessanter Abend darf die letzte Monatsversammlung des vaterländischen Arbeitervereins bezeichnet werden. Zu derselben hatten sich die Führer der hiesigen Sozialdemokraten, die Herren Perbert und Knappe, zu-

Deutsche Fonds, Pfand- und Rentenbriefe.	
Deutsche Anl. 4%	106.90
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30

Eisenbahn-Pfand- und Rentenbriefe.	
Deutsche Anl. 4%	106.90
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30

Eisenbahn-Pfand- und Rentenbriefe.	
Deutsche Anl. 4%	106.90
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Anl. 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Preuss. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Bayr. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Würtb. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Baden. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Hess. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30
Sächs. Rente 4%	101.10
do. 3 1/2%	98.30
do. 3%	96.30

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		0%	100 20
Deutsche Anl. 4%	97 90	2%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	3%	75 90
do. 3%	97 90	4%	75 90
Preuss. Anl. 4%	97 90	5%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	6%	75 90
do. 3%	97 90	7%	75 90
Bayr. Anl. 4%	97 90	8%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	9%	75 90
do. 3%	97 90	10%	75 90
Würtb. Anl. 4%	97 90	11%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	12%	75 90
do. 3%	97 90	13%	75 90
Baden. Anl. 4%	97 90	14%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	15%	75 90
do. 3%	97 90	16%	75 90
Hess. Anl. 4%	97 90	17%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	18%	75 90
do. 3%	97 90	19%	75 90
Sächs. Anl. 4%	97 90	20%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	21%	75 90
do. 3%	97 90	22%	75 90
Preuss. Rente 4%	97 90	23%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	24%	75 90
do. 3%	97 90	25%	75 90
Bayr. Rente 4%	97 90	26%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	27%	75 90
do. 3%	97 90	28%	75 90
Würtb. Rente 4%	97 90	29%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	30%	75 90
do. 3%	97 90	31%	75 90
Baden. Rente	97 90	32%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	33%	75 90
do. 3%	97 90	34%	75 90
Hess. Rente	97 90	35%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	36%	75 90
do. 3%	97 90	37%	75 90
Sächs. Rente	97 90	38%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	39%	75 90
do. 3%	97 90	40%	75 90
Preuss. Anl. 4%	97 90	41%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	42%	75 90
do. 3%	97 90	43%	75 90
Bayr. Anl. 4%	97 90	44%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	45%	75 90
do. 3%	97 90	46%	75 90
Würtb. Anl. 4%	97 90	47%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	48%	75 90
do. 3%	97 90	49%	75 90
Baden. Anl. 4%	97 90	50%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	51%	75 90
do. 3%	97 90	52%	75 90
Hess. Anl. 4%	97 90	53%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	54%	75 90
do. 3%	97 90	55%	75 90
Sächs. Anl. 4%	97 90	56%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	57%	75 90
do. 3%	97 90	58%	75 90
Preuss. Rente 4%	97 90	59%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	60%	75 90
do. 3%	97 90	61%	75 90
Bayr. Rente 4%	97 90	62%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	63%	75 90
do. 3%	97 90	64%	75 90
Würtb. Rente 4%	97 90	65%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	66%	75 90
do. 3%	97 90	67%	75 90
Baden. Rente	97 90	68%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	69%	75 90
do. 3%	97 90	70%	75 90
Hess. Rente	97 90	71%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	72%	75 90
do. 3%	97 90	73%	75 90
Sächs. Rente	97 90	74%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	75%	75 90
do. 3%	97 90	76%	75 90
Preuss. Anl. 4%	97 90	77%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	78%	75 90
do. 3%	97 90	79%	75 90
Bayr. Anl. 4%	97 90	80%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	81%	75 90
do. 3%	97 90	82%	75 90
Würtb. Anl. 4%	97 90	83%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	84%	75 90
do. 3%	97 90	85%	75 90
Baden. Anl. 4%	97 90	86%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	87%	75 90
do. 3%	97 90	88%	75 90
Hess. Anl. 4%	97 90	89%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	90%	75 90
do. 3%	97 90	91%	75 90
Sächs. Anl. 4%	97 90	92%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	93%	75 90
do. 3%	97 90	94%	75 90
Preuss. Rente 4%	97 90	95%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	96%	75 90
do. 3%	97 90	97%	75 90
Bayr. Rente 4%	97 90	98%	75 90
do. 3 1/2%	97 90	99%	75 90
do. 3%	97 90	100%	75 90



# Marcella Grace

von R. Mulholland.

Autorisierte Uebersetzung von Luise Koch.

41

„Sünde! War es Sünde? Konnte es Sünde sein, wenn ich die Treppe, welche ich selbst mit eigener Hand errichtet hatte, zu ermorden — mit derselben Hand, die ihn einst gerettet, worauf sie so stolz gewesen!“

„Dieses ist das Haus, in welches ich hineingekommen bin, um zu sterben. Ich habe es selbst errichtet, und das bin ich selbst,“ sagte sie. „Doch, Madam, es ist kein Ort, der Ihnen gefallen wird.“

„Der Schlüssel wurde der nächsten Nachbarin übergeben, und das bin ich selbst,“ sagte sie. „Doch, Madam, es ist kein Ort, der Ihnen gefallen wird.“

„Peter, bringe einmal den großen Schlüssel her.“ Seit der alte Grace, der Weber, starb, wohnte niemand in dem Hause, und der Wirth wird auch so leicht keinen Mieter finden, wegen der Fäule in den Treppen und im Dach. Geld mag er nicht mehr daran wenden, weil man sagt, es soll im nächsten Jahre von der Sanitätscommission niedriger liegen werden. So

Madam, hier ist der Schlüssel, jetzt können Sie das Haus verlassen, nehmen Sie sich aber vor den Schreien in Acht.“

Marcella überschritt die alte, bekannte Schwelle, sie betrat die Treppe, welche ihre Füße so unzählige Male erstiegen hatten. Hier hatte Bryan gestanden, als er ihr gerade und offen in die Augen geblickt und ihr gesagt, daß er kein Unrecht begangen habe. Dort auf dem Treppenaufgang hatte sie gelacht, während die Polizei das Haus durchsuchte. Hier an dieser Stelle hatte ihr Vater geessen, während er das Zeitungsbrett entfaltete und ihr von dem Werke in der Nachbarschaft erzählte. Und jetzt zu der dunklen Kammer, in welcher sie Bryan in jener Nacht verließ.

„Sie sehen, Madam, daß an dem Hause nichts Besonderes ist, ausgenommen diese geheime Kammer,“ sprach die Führerin. „Sie würden niemals in dem alten Holzgitter die Thür entdeckt haben, wenn ich sie Ihnen nicht gezeigt hätte. Wer weiß, wozu diese dunkle Höhle einbedient haben mag? Die Polizei hat sie sich neulich angesehen, wegen eines Toten, den man auf der Straße gefunden hat. Mir wurde erzählt, daß man glaubt, der Mann wäre hier in dieser Kammer ermordet worden; ob er aber verhungert oder mit einem Beile erschlagen ist, das weiß ich nicht. Ich selbst wohne erst seit vier Wochen hier in der Straße, aber Frau Casey, eine Nachbarin von mir, sagt, das könnte nicht zu des alten Grace Zeiten gewesen sein, denn der wäre ein sehr ordentlicher und ehrenwerther Mann gewesen. Wenn Sie auf Frau Casey hören wollen, Madam, die kann Ihnen mehr erzählen, um drei Uhr kommt sie nach Hause. Wollen Sie bis dahin in meine bescheidene Wohnung kommen? Ich werde Ihnen gern auf dem Stuhle Platz machen.“

„O, nein, ich danke Ihnen sehr,“ sagte Marcella, welcher durchaus Nichts daran gelegen war, Frau Casey wiederzusehen — dies war dieselbe Frau, welche sie nach dem Tode ihres Vaters in die Kammer hatte. Zu anderer Zeit würde es ihr Freude bereitet haben, die glatte, alte Nachbarin zu sehen, doch heute, das fühlte sie, würde sie zusammenbrechen. Jetzt drängte es sie von diesem Orte mit eben solcher Gewalt fort, wie sie erst Verlangen nach demselben getrieben. Wiederum eilte sie mit Bridget durch die Straße, bis sie an die alte Kirche kam, in welcher sie als Kind und junges Mädchen ihr tägliches Gebet verrichtet hatte.

Einige Minuten stand sie vor derselben still und schaute zu ihr empor, als wäre sie ein ganz fremdes Gebäude. Hatte sie, Marcella, je früher die beiden in Stein gemeißelten großen Schlüssel gesehen, die Himmelschlüssel, welche dem Petrus in der Wahrheit anvertraut waren? Durfte sie es wagen, in dieses Gotteshaus einzutreten? Gewiß, es würde sie Niemand daraus vertreiben.

Bridget, welche das Hören Marcella's bemerkte, sagte: „Ja, Fräulein, dieses ist eine alte, hässliche Kapelle: es giebt eine Menge viel schönerer in der Stadt. Dennoch folgte sie der Herrin als als diese eintrat, und kniete in einer Ecke nieder, während Marcella gesenkten Blickes das alte, bekannte Schiff durchschritt und auf eine der wundenstüchigen Bänke niederhielt. Sie erinnerte sich ihres früheren Kammers, ihrer Sorgen und Befürchtungen, und dachte, wie ein Segen jene im Vergleiche zu ihre jetzigen Seelenpein gewesen waren. Damals konnte sie noch beten und getröstet nach Hause gehen, jetzt wagte sie nicht, den Vater im Himmel anzurufen, denn für den verfluchten Sünder giebt es keinen Trost. Langsam schweifte ihr Blick über die Bänke, an

welchen die verheißenden Bibelworte standen. Weisheit war sie damals von Glauben und Hoffnung erfüllt gewesen und jetzt nicht mehr? Weisheit für ihn gefunden hatte und sie um seinetwillen noch mehr süßigen wollte. Weisheit sein Leben ihr theurer geworden war, als ihr Seelenheil. Wie konnte Gott ein Gebet von ihren Lippen annehmen, wenn dieselben Lippen sich zu einem Meinerde geöffnet hatten? Würde sie jemals wieder beten können, wenn selbst Bryan an ihrer Seite stände? Ja, würde Bryan sie nicht vielleicht später selbst um ihrer Sünde willen hassen? Und dennoch! Bryan mit eigener Hand in den Tod stoßen, mit der eigenen Stimme den Anruf für die Verurteilung des Geliebten ihres Herzens geben, sie konnte es nicht über sich gewinnen. Die tiefinnerste Ueberzeugung, daß sie verloren sei an Leib und Seele, vernichtete vor Gott und den Menschen, ergriff sie plötzlich so tief, daß ihre Sinne schwannten.

Die Kirche war jetzt leer bis auf Marcella und Bridget. Letztere hörte einen leisen Schrei, sie eilte zu ihrer Herrin und fand dieselbe ohnmächtig auf den kalten Fliesen liegen.

Gott war jedoch Bryan's Rechtsanwalt und nicht der Teufel.

Sein Auftrag bestand darin, ihr mitzutheilen, daß Herr Kilmorey sie allein zu sprechen wünsche. Selbst seine Mutter sollte nicht zugegen sein, und der Aufseher würde sich in geeigneter Entfernung halten um von ihrem Gespräche Nichts hören zu können. Herr Kilmorey habe dem Fräulein O'Reilly sehr wichtige Dinge zu sagen.

Marcella verlor keine Zeit, sondern eilte sofort mit Bridget nach Kilmorey.

Ihre Begleiterin am Portale zurücklassend, betrat sie den Hof des Gefängnisses. O, diese entsetzlichen Mauern von Stein und Eisen, diese vergitterten Fenster und verschlossenen Thüren. Wie oft hatte der schreckliche Bruch der Justiz hier mit Wörtern einen Unschuldigen zusammengepackt, während der Schuldige mit blutbefleckten Händen und noch blutigerem Herzen in das Himmelslicht wieder hinaustrat, wieder die Engel hören und die Wellen am blauen Himmel singen hörte. Nach lautem Klingeln, Schlüsselgeräusch und Erleuchtung einer Anzahl von Formalitäten wurde Marcella endlich in die inneren Räume des Gefängnisses eingelassen.

Der Schlüssel drehte sich im Schloß von Bryan's Thür. Letztere that sich auf und sie sah ihn. Der Aufseher sprach höflich: „Wenn Sie dann fortgehen wollen, Fräulein, dann brauchen Sie nur an die Thür zu klopfen — ich werde draußen warten. Wenn ich auch ganz in der Nähe bleibe muß, so werde ich mich doch außer Hörweite halten.“

(Fortsetzung folgt.)

# C. Willrath

kleine Domstrasse. Ecke Rossmarktstrasse.

In dieser Woche

## Die fe

Wollstoff-Reste, Seiden-Reste, Mousselin-Reste, Cattun-Reste, Flanell-Reste.

Dienstag, den 9., und Mittwoch, den 10. Februar:

Fertige Sachen.

Modellkleider | Morgenröcke | Matinées | Blousen | Unterröcke | Schürzen

sowie den kleinen Restbestand in Sommerjackets und Umgebunden zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

## Ausverkauf

zurückgesetzter Manufaktur-Waaren.

am Sonntag, den 8. d. M., 10.50 Uhr, ein Bekehrter ein: 2. 2. M., 3. 0.50 M., ein Bekehrter 1. M., 2. M., 3. M.

Die Expedition.

Stadtverordneten-Versammlung

am Donnerstag, den 11. d. M., Abends 5 1/2 Uhr:

1. Tagesordnung:

I. Nichtöffentliche Sitzung.

Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Wahl des Stadtsyndikus. — Eine Unterstufungsfrage.

II. Öffentliche Sitzung.

Neuwahl des Stadtsyndikus. — Ertragwahl von drei

unbeleiteten Stadtrath. — Wahl mehrerer Armen-

kommissions-Vorsteher und Armenpfleger. — Mehrere

Bekanntmachungen für einen verordneten Lehrer; —

von 156 M. Reparaturkosten für das Schulhaus; —

von 160 M. Porto; — von 300 M. für die

Beförderung von Leuten und von 200 M. Ver-

einigung von 7400 M. zur Herstellung der Straße 4 a

an der Forst Breiten und zwar zunächst der Erdarbeiten.

Genehmigung des neu aufgestellten Lichtplan-Planes

der Hofhofstraße. — Mitteilung der Proze-

ssanten in Sachen eines hiesigen Hausbesizers wider die

Stadt Stettin wegen Schadenersatz und Abwehr künft-

igen Schadens an dem Hause Grille Schanze Nr. 7,

und Bewilligung von 2019 M. Entschädigung nicht

5 Prozent Zinsen seit dem 7. Dezember 1891. — Neu-

wahl des Verwaltungsrates der Annahmestelle III für die

## Bekanntmachung.

Stettin, den 31. Januar 1892.

Am Donnerstag, den 18. Februar d. J., Vormittags

11 Uhr sollen im Zimmer Nr. 61 des Rathhauses —

Eingang von der Freitreppe parterre — die Speise-

abgänge des hiesigen Rathhauses, sowie die Speise-

abgänge und das verbrannte Lagerstroh des Armen-

hauses, Krankenhauses und Siedenhauses für die Zeit

von 1. April 1892 bis Ende März 1893 unter den im

Termin bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich

an den Meistbietenden verpachtet werden, wozu wir

Bachthutige hiermit einladen.

Der Magistrat, Armen-Direction.

3 1/2 Deutsche Reichs-Anleihe

und

3 1/2 Preuss. consol. Staats-Anleihe.

Zeichnungen zum Emissionscourse von

83,60 % franco Kosten nimmt bis zum

9. d. Mts. bis 5 Uhr Nachmittags ent-

gegen die

National-

Hypotheken-Credit-Gesellschaft,

eingetr. Genossenschaft mit unbefr. Haft-

pflicht zu Stettin.

Stettiner Spar- und Leihbank,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht,

kleine Domstr. 25, par. I.

## Bekanntmachung.

In Gemäßheit des § 20, Absatz 2, des Statuts für

die Sparkasse des Kreises Randow vom 7. Januar 1881

hiermit zur Kenntniss der Beteiligten gebracht,

daß der Zinsfuß für Spareinlagen vom 1. April

1892 ab wieder auf 3 1/2 % erhöht wird.

Unsere Sparkasse, Marienplatz Nr. 4, ist werktäglich

von 9 bis 11 Uhr Vormittags geöffnet.

Stettin, den 4. Februar 1892.

Das Kuratorium

der Randower Kreis-Sparkasse.

Pomm. Gastwirthe-Vereinigung

zu Stettin.

Die Feier unseres

41. Stiftungsfestes

mit Prämierung Treuender

findet Donnerstag, den 11. Februar, Abends 8 Uhr,

im Lokale des Kollegen Otto Kutz, Gutenberg-

straße 7, statt.

Einführungen durch Mitglieder sind gerne gestattet.

Freisitze à 1.50, eine einzelne Herren-

Statt 1.00 sind zu haben bei den Herren Kollegen:

Wilm. Schmidt, Unterfeld 13,

Herm. Spickermann, Laßballe 54,

Aug. Hildebrandt, Bollwerk 7,

Aug. Goetsch, Wilhelmstr. 21, und

Otto Kutz, Gutenbergstr. 7.

Um rege Theilnahme wird gebeten.

Die Mitglieder werden ersucht, Vereinsabzeichen an-

zulegen.

Der Vorstand.

Verein ehemaliger Grenadiere.

Am Sonntag, den 7. Februar,

Abends 4 Uhr, jährliche General-

Versammlung im Vereinslokal

Kutz.

Tagesordnung: Vorstandswahl,

verchiedene wichtige Angelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

## Stettiner Turnverein.

(Korporation.)

Die Männerabtheilung mit Altersriege turnt

Mittwochs und Sonnabends Abends von 7 1/2 Uhr bis

11 1/2 Uhr in der städtischen Turnhalle neue Wall-

straße 3; der vierteljährliche Beitrag ist 1.50 M. In

den Vereinen besteht eine Reiselkasse.

Die Jugendabtheilung (Jünglinge unter 18 Jahren)

turnt Montags und Donnerstags Abends von 7 1/2 bis

11 1/2 Uhr dieselbst unter Leitung eines geprüften Turn-

lehrers; das Turngeld beträgt monatlich 20 M.

Anmeldungen werden an den Turnabenden ange-

nommen.

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse.

Grabow a. O.

Den Mitgliedern zur gef. Nachricht, daß von jetzt

ab die Kasse geöffnet ist:

Vormittags von 8—11 Uhr, Nachmittags von

2—4 Uhr, Sonntags und Festtags geschlossen.

Die Auszahlung des Krankengeldes erfolgt nur

des Sonnabends Vormittags von 8—12 Uhr.

Die Herren Arbeitgeber werden ersucht, in diesen

Stunden die Beiträge an die Kasse abzuführen.

Der Vorstand.

Carl Renner.

Verein Stettiner Zuschneider.

Unser Stiftungsfest findet am Sonntag, den 13. ds.,

im Concertsaal der Randower Genossenschafts-

Mollerei statt.

NB. Sollten Freunde und Bekannte keine Einladung

erhalten haben, so sind Sie hierdurch freundlichst ein-

gelen.

Der Vorstand.

Stettiner Gesellschaftsbund.

Heute, Sonntag, den 7. Februar cr., Abends von 7

Uhr ab im Reichsgarten:

Kränzchen.

Einführungen sind gestattet.

Der Vorstand.

Verein der See-, Auf- u. Land-

maschinisten zu Stettin.

Generalversammlung

am Dienstag, den 9. d. Mts., Abends 8 Uhr, bei Herrn

Rohrer.

Überf. des Stadtmag. w. Nachhülfsstunden z. erh.

Gef. Off. mit P. S. 10 a. d. Gp. d. M. Kirchpl. 3.

Gr. II. i. Nachn. Deutsch, pp., d. St. 75 Pf. b.

e. gepr., erf. Lehrer, Preussischestr. 102, II.

## Gewerbliche Schulkomm.

Am Montag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr,

findet im Lokale des Herrn C. Dage, Breitestr. 24,

unser die jährliche ordentliche Versammlung statt.

Tagesordnung:

1. Rechnungslegung.

2. Vorstandswahl.

3. Geschäftliche Angelegenheiten.

Die geehrten Mitglieder werden ersucht, erpicht,

bei dieser Versammlung zahlreich erscheinen zu wollen.

Auch ersucht unter Mahndverfahren den geehrten

Mitgliedern ergebenst

Der Vorstand.

Nur Geldgewinne.

Ziehung den 18. Februar und folgende Tage.

Kölner

Dombau-Lotterie.

Hau treffer 75,000, 30,000 M.

Original-Loose à Mark 3.

Antheil 1/2 M. 1.75, 1/4 M. 1 an.

Betheiligung an

100 Nummern.

1/10 Mark 40, 1/20 Mark 20, 1/40 Mark 10.

Croner & Co.,

Berlin W., Passage 8.

Porto und Liste 20 Pfennig.

Kölner

Dombau-Lotterie.

Ziehung 18. Februar cr.

und folgende Tage.

Hauptgewinne:

75000 M., 30000 M., 15000 M. etc.

Originalloose à 3 M.

Porto und Liste 30 Pf.

J. Eisenhardt,

Berlin C., Kaiser Wilhelmstr. 49.

Zitherunterricht

erf. Anf. und Vorgef.

Rob. Mader,

Artilleriestr. 4, 8 T. 2

Geld findet Jedermann z. Synthesel u. jed.

Zweck billig. Fordere Statuten und

sonst. Adresse D. C. Berlin-Weißh.

## Schneider-Verein.

Montag, den 8. d. Mts., Abends 8 Uhr, Versamm-

lung bei Herrn Dage, Breitestr. 11. T. D.: Die

Maschine und der Sohn.

Der Vorstand.

Jurist. Bureau

F. Stollmann,

gt. Wollweberstr. 20/21.

## Mein Zahn-Atelier befindet sich

jetzt untere Schulzenstr. 29, 1 T.

E. Kalinke.

Schmiede-Innung.

Am Montag, den 8. Februar, Abends 6 Uhr, findet

in der Herberge zur Heimat eine außerordentliche

Jahresversammlung statt. Um pünktliches und

zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.



